

Kleine Anfrage

der Abgeordneten Judith Skudelny, Frank Sitta, Grigorios Aggelidis, Christine Aschenberg-Dugnus, Nicole Bauer, Nicola Beer, Dr. Jens Brandenburg (Rhein-Neckar), Karlheinz Busen, Britta Katharina Dassler, Bijan Djir-Sarai, Christian Dürr, Dr. Marcus Faber, Daniel Föst, Otto Fricke, Katrin Helling-Plahr, Markus Herbrand, Katja Hessel, Dr. Gero Clemens Hocker, Reinhard Houben, Ulla Ihnen, Olaf in der Beek, Gyde Jensen, Thomas L. Kemmerich, Dr. Marcel Klinge, Pascal Kober, Dr. Lukas Köhler, Carina Konrad, Ulrich Lechte, Michael Georg Link, Oliver Luksic, Till Mansmann, Alexander Müller, Frank Müller-Rosentritt, Hagen Reinhold, Bernd Reuther, Frank Schäffler, Dr. Wieland Schinnenburg, Matthias Seestern-Pauly, Bettina Stark-Watzinger, Benjamin Strasser, Katja Suding, Michael Theurer, Stephan Thomae, Dr. Florian Toncar, Nicole Westig und der Fraktion der FDP

Folgen des möglichen Verbots von Glyphosat

Glyphosat ist in aller Munde. Es ist ein Breitbandherbizid, wirksam über die Blattfläche und wird universal in vielen Bereichen wie zum Beispiel der kommunalen Pflege öffentlicher Plätze und Parkanlagen, der Landwirtschaft und dem Hobbygartenbereich angewendet. Inzwischen ist das Pflanzenschutzmittel stark in Verruf geraten. Seit 1974 ist Glyphosat ein zugelassenes Breitbandherbizid, dem in den vergangenen Jahrzehnten nie ein unzumutbares Risiko für die menschliche Gesundheit, noch eine schädliche Wirkung auf Bodenlebewesen unter realistischen Feldbedingungen nachgewiesen werden konnte (www.bfr.bund.de/cm/343/loest-glyphosat-krebs-aus.pdf; DLG Merkblatt 391: Glyphosateinsatz im Ackerbau für Anbausysteme, Umwelt und Gesellschaft, www.dlg.org/fileadmin/downloads/merkblaetter/dlg-merkblatt_391.pdf). Aus diesem Grund ist es eines der am besten erforschten Pflanzenschutzmittel weltweit. Darüber hinaus ist Glyphosat im Gegensatz zu vielen anderen Pflanzenschutzmitteln nicht stabil, es zerfällt binnen kürzester Zeit in Metabolite. Nachweise von Glyphosat in Lebensmitteln rühren in erster Linie von der hervorragenden Laboranalytik her, die in den vergangenen Jahren mit Meilenschritten vorangegangen ist, wodurch die Nachweisgrenze von Verbindungen immer weiter reduziert werden konnte.

Glyphosat ist nach Einschätzung von Experten unabkömmlich für das Ackerbausystem der sogenannten konservierenden Bodenbearbeitung oder auch Direktsaat. Es handelt sich um ein Ackerbausystem, das alle drei Säulen der Nachhaltigkeit ökonomisch, ökologisch und sozial vereint. Bei der konservierenden Bodenbearbeitung geht es in erster Linie darum die Bodenruhe einkehren zu lassen. Der Boden wird nicht mehr mechanisch gewendet wie es mit dem Pflug der Fall ist, sondern bleibt in seinem natürlichen Aufbau erhalten. Rund 47 Prozent

der Ackerfläche Deutschlands werden nach Angaben des Statistischen Bundesamtes mittels der konservierenden Bodenbearbeitung bestellt. Wird das Verfahren der konservierenden Bodenbearbeitung weniger angewendet, steigt gleichzeitig signifikant das Risiko der Bodenerosion, mit teilweise sehr verheerenden Folgen für Mensch und Umwelt (www.spiegel.de/panorama/massenkarambolage-auf-a19-sandsturm-auf-autobahn-bei-rostock-mehrere-tote-a-755908.html). Zahlreiche Untersuchungen von den verschiedensten Universitäten belegen, dass dieses Verfahren viele positive Einflüsse auf die bodenbiologischen, bodenphysikalischen und bodenchemischen Eigenschaften hat. Daher ist es als sehr nachhaltiges Verfahren zu bewerten.

Zu den ökologischen Aspekten zählen:

1. Zunächst wird durch die Erntereste, die auf der Fläche zurückbleiben und durch die höhere Lagerungsdichte des Bodens die Erosion, also der Abtrag von fruchtbaren Bodenteilchen verhindert. Erosion kann verheerende Einträge von Stickstoff und Phosphat in Wasserwege zur Folge haben, aber auch Straßen und Bahnschienen unbefahrbar machen.
2. Der Verbleib der Erntereste dient der Humusbildung und der organischen Düngung, vor allem in vieharmen Regionen, ohne dass eine Ausbringung nötig ist, denn die Nährstoffe verrotten genau da, wo sie zuvor von der Pflanze aufgenommen wurden. Ein Abtransport der Erntereste und ein Rücktransport als Stallmist entfallen. Durch die entfallenden Überfahrten wird der Boden weniger verdichtet und somit die Bodenfruchtbarkeit erhalten.
3. Durch die Bodenruhe wird das Bodenleben gefördert. Es gibt ein signifikant höheres Vorkommen von z. B. Regenwürmern unter Direktsaatflächen als unter gepflügten Flächen.
4. Weitere Studien belegen, dass die Möglichkeit, CO₂ in den Boden einzuspeichern, gerade dann gut gelingt, wenn das Verfahren der konservierenden Bodenbearbeitung angewandt wird. Nur dann können signifikant erhöhte Werte an Kohlenstoff im Boden gemessen werden. Im Hinblick auf klimaschädigende Treibhausgase wäre es aus Sicht der Fragesteller ein folgenschwerer Fehler, Glyphosat generell zu verbieten.
5. Durch weniger Überfahrten über die Fläche kommt es zu Senkungen des CO₂-Ausstoßes der Zugmaschinen.

Zu den ökonomischen Aspekten:

1. Darüber hinaus kann durch den Verzicht des Pflügens eine große Menge an Diesel- und Arbeitskräfteeinsatz gespart werden.
2. Das Ackerbausystem der konservierenden Bodenbearbeitung hat zum Nachteil, dass die Beikrautsamen auf der Bodenoberfläche lagern und dort zur Keimung gelangen. Die Beikrautregulierung wurde seither mittels Glyphosat vorgenommen. Ohne Glyphosat wird das Anbausystem der Direktsaat weniger rentabel und wird mit all seinen Vorteilen für die Bodenfruchtbarkeit aus der Kulturlandschaft verschwinden.

Die sozialen Aspekte sind schwer abzuschätzen. So werden sich doch auf jeden Fall das Leben der Landwirte und ihre Einnahmen verändern.

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Bundesregierung:

1. Welche Strategien zur Erosionsminderung gedenkt die Bundesregierung der Landwirtschaft anzuraten, wenn der Umfang der konservierenden Bodenbearbeitung reduziert wird?

2. a) Werden zusätzliche Gelder für Kommunen zur Verfügung gestellt, um mögliche Folgen von Erosionen und Erdbeben zu beheben, die auf öffentliche Verkehrswege geschwemmt werden könnten?
 - b) Wurden in den vergangenen Jahren Gelder von der Bundesregierung zur Beseitigung von Erosionsschäden ausgegeben, und wenn ja, wie hoch waren diese jeweils in den einzelnen Jahren?
 - c) In welcher Höhe wurden Projekte zum präventiven Erosionsschutz von der Bundesregierung in den letzten zehn Jahren unterstützt?
3. Sind Ausgleichszahlungen für betroffene Landwirte geplant, die aufgrund der erzwungenen Umstellung zurück auf die Bodenbearbeitung mit dem Pflug Erosionsereignisse auf ihren Flächen zu verzeichnen haben und daher einen Ertragsausfall erleiden?
4. Welche chemischen Alternativen sieht die Bundesregierung für Glyphosat, und wie werden diese ökologisch bewertet?
5. Welche Folgen erwartet die Bundesregierung bei einem Glyphosatverzicht ohne Anwendung von Alternativen auf den Ertrag von Winterweizen, Mais, Winterraps, Zuckerrüben und Kartoffeln (bitte Ertragsminderung in dt/ha angeben)?
6. Wie hoch schätzt die Bundesregierung die Kosten alternativer Verfahren (thermisch, mechanisch, chemisch) zur Unkrautbekämpfung in den vorgenannten Kulturen ein?
7. Beabsichtigt die Bundesregierung durch ein Verbot von Glyphosat eine verstärkte Ab- und Auffuhr von Nährstoffen, immer einhergehend mit der Überfahrt und den damit verbundenen Bodenverdichtungen?
8. Was plant die Bundesregierung für Ausgleichmaßnahmen, um die Bodenbiologie zu erhalten?
9. Welche Erkenntnisse liegen der Bundesregierung vor dem Hintergrund, dass durch das drohende Glyphosatverbot mehr mechanische Bodenbearbeitung erfolgen wird, über die Gefährdung der Lebensräume der Wildbienen (weiterer Insekten und Bodentiere), die ihre Eiablage im Boden vornehmen, vor?
10. Wie hoch schätzt die Bundesregierung die verstärkte CO₂-Mobilisierung infolge einer verstärkten mechanischen Bodenbearbeitung durch einen Glyphosatverzicht ein?
11. Wie hoch schätzt die Bundesregierung den Mehrverbrauch an Kraftstoffen und damit die Mehremissionen von CO₂ durch die Intensivierung der mechanischen Bodenbearbeitung infolge eines möglichen Verbotes von Glyphosat ein?
12. Wie und vor allem wo soll CO₂ zukünftig gespeichert werden, wenn gepflügte Ackerböden zukünftig weniger CO₂ speichern als Böden der konservierenden Bodenbearbeitung?
13. Welche Ausgleichsmaßnahme wird von der Bundesregierung ergriffen, um das freiwerdende CO₂ aus den Böden zu binden?

Berlin, den 12. Juni 2018

Christian Lindner und Fraktion

